

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 92 (1998)  
**Heft:** 3

**Artikel:** Wer rettet die Demokratie?  
**Autor:** Ordnung, Carl  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-144097>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 08.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Wer rettet die Demokratie?

*Der alte linke Satz, dass Demokratie und Kapitalismus letztlich miteinander unvereinbar sind, wird heute durch die Realität bestätigt. Carl Ordnung zeigt in seinem Beitrag, wie «Deregulierung» die Politik aus der Wirtschaft vertreibt, bis zu dem Punkt, wo die Wirtschaft so mächtig wird, dass sie ihrerseits die Politik zu «regulieren» beginnt. Der globale und totale Markt löst einen Wirtschaftskrieg aus, der – wie jeder Krieg – die Demokratie einschränkt. Dagegen helfen weniger Konzeptionen einer sozialistischen Alternative als vielmehr der Widerstand gegen dieses System und die schrittweise Demokratisierung der Gesellschaft. Carl Ordnung, der sich schon zu DDR-Zeiten regelmässig in den Neuen Wegen zu Wort gemeldet hat, lebt heute als Rentner in Berlin und ist Vorsitzender von «Solidaritätsdienst international», einer NGO, die aus dem früheren Solidaritätskomitee der DDR hervorgegangen ist.* Red.

### Wachsende Dominanz der Wirtschaft über die Politik

In der Vergangenheit schien das vielen einleuchtend: Der Westen hatte die Demokratie zu verteidigen – gegen den Kommunismus –, notfalls mit Atomwaffen. Der Kommunismus ist zusammengebrochen. Aber die Demokratie ist weiterhin gefährdet, offensichtlich noch ernster, weil nicht länger von aussen, sondern von innen. Wer verteidigt sie?

Gefährdet ist die Demokratie durch die wachsende Dominanz der Wirtschaft über die Politik. Aber es war die Politik selbst, die das Tor zu dieser Entwicklung öffnete, indem sie seit den 70er Jahren systematisch *Deregulierung* betrieb. Sie hob Beschränkungen und Gesetze auf, die ihr eine gewisse Steuerung und Kontrolle des Wirtschaftsgeschehens ermöglichten. Vor allem *privatisierte* sie staatliches und kommunales Eigentum. Der US-amerikanische Politologe *Benjamin R. Barber* beschreibt, wie diese Entwicklung die Demokratie weltweit unterhöhlt: «Wenn alles privatisiert ist, gibt es keine Mitbestimmung. Die multinationalen Konzerne, internationale Banken, weltweite Nachrichtennetze interessieren sich nicht für soziale Gerechtigkeit, Mitbestimmung, eine unabhängige

Justiz oder das Gemeinwohl. Dennoch werden sie immer mächtiger und bestimmen unser Leben. Die Demokratie verliert jedoch ihre Grundlage, wenn die politisch Verantwortlichen in einem Staat nicht mehr haftbar gemacht werden können» (Berliner Zeitung, 12.7.97).

Hinter dieser Politik steht eine bestimmte Ideologie: der *Neoliberalismus*, der meint, es sei am besten für alle Mitglieder der Gesellschaft, wenn man der wirtschaftlichen Entwicklung völlig freie Bahn lasse. Der Wohlstand, der sich unter diesen Bedingungen vor allem in den oberen Gesellschaftsschichten ansammle, sickere dann allmählich nach unten durch. Wenn aber – wie das offensichtlich meist der Fall ist – wenig oder nichts unten ankommt, müsse man die Bedingungen oben verbessern, indem man beispielsweise die Vermögenssteuer senke. Das ist genau das Muster, das in Bonn seit Jahren praktiziert wird.

Folge solcher Politik ist die stetige Vergrößerung der *Kluft zwischen Arm und Reich*, die einen weiteren Faktor der Gefährdung von Demokratie darstellt. «Wie soll Demokratie gelebt werden können, wenn in ein und demselben Land immer mehr extremer Reichtum und extreme Armut aufeinanderprallen und so eine rasch zunehmende soziale Desintegration

der Gesellschaft herbeiführen?» fragt *Horst Afheldt* (Das Parlament, 16.6.95). Die immer neuen Fakten, die in zahlreichen Untersuchungen registriert werden und die Zunahme von Armut in Deutschland dokumentieren, werden von führenden Vertretern der Wirtschaft einfach nicht zur Kenntnis genommen. So meinte der Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie *Hans-Olaf Henkel* in einem Gespräch, das der «Freitag» (10.10.97) wiedergab: «Sie sagen, Globalisierung macht die Armen ärmer. Ich sage, es werden immer mehr Leute am Wohlstand beteiligt. Ich akzeptiere nicht, dass wir in einem Land leben, in dem die Armut immer grösser wird. Das ist objektiv falsch ... Die Idee, die Starken schwächer zu machen, um die Kluft abzusinken, ist Unsinn.» Punktum! Ist das nicht ideologische Blindheit, die unbequeme Wirklichkeiten einfach ignoriert. Wir haben in der DDR erlebt, welche Folgen das haben kann.

### **Totalitarismus des Marktes und weltweiter Wirtschaftskrieg**

Überhaupt ist es frappierend, zu erleben, wie das, was man Marxisten vorwirft, heute munter und offensichtlich unreflektiert (!) praktiziert wird: Man spricht von Sachzwängen, die *keine Alternative* zulassen. Früher hiess das gesellschaftliche Gesetzmässigkeiten. Man glaubt, frei von Ideologie zu sein, folgt aber einem *Ökonomismus*, von dem man – ähnlich wie der Vulgärmarxismus – den entscheidenden Beitrag zur Lösung der globalen Probleme erwartet. Das alles führt tendenziell zu einem Totalitarismus des Marktes, der alle Lebensbereiche immer mehr seinen Gesetzen unterwirft und alles, was der Mensch braucht, zur Ware macht, die nur für Geld zu haben ist. «Befreit von der Drohung der Diktatur des Proletariats, wird seitdem umso härter an der Errichtung der Diktatur des Weltmarktes gearbeitet», schreiben *Hans-Peter Martin* und *Harald Schumann* in ihrem Buch «Die Globalisierungsfalle».

Bedroht wird die Demokratie schliesslich durch einen Konkurrenzkampf, der, im

Zuge der Deregulierung von allen Schranken befreit, nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation immer mehr zu einem *weltweiten Wirtschaftskrieg* tendiert. Vertreter der Wirtschaftsmacht USA sprechen das offen aus. Senatorin *Barbara Mikulski* schrieb 1994 in der Zeitschrift «Science» (Heft 264): «Wir haben das Ende des Kalten Krieges erlebt. Doch wir glauben, dass es einen anderen Krieg gibt, und das ist der Krieg für Amerikas ökonomische Zukunft. Wir wollen klarstellen, dass wir die Märkte der neuen Weltordnung aggressiv für uns beanspruchen.» Der amerikanische Ökonom *Lester Thurow* hat ein Buch publiziert mit dem Titel «Kopf an Kopf. Wer siegt im Wirtschaftskrieg zwischen Europa, Japan und den USA?» Krieg – das weiss jeder – schränkt Demokratie ein.

Dieser ungebremste Konkurrenzkampf ist letztlich selbstzerstörerisch, weil er – wie schon Marx wusste – «die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter». Angesichts dessen ist es bemerkenswert, dass eine «*Gruppe von Lissabon*» – Wissenschaftler, Politiker und Industrielle aus Japan, den USA und Westeuropa, mit Ausnahme Deutschlands – 1995 unter dem Titel «Grenzen des Wettbewerbs» einen Bericht vorlegte, in dem nachgewiesen wird, dass unkontrollierter Wettbewerb die heute vorherrschenden negativen Trends wie Umweltzerstörung, Machtkonzentration und Nationalismus verstärkte und Demokratisierungsprozesse erschwere.

Demokratie funktioniert nur, wenn alle Bürger sich einem Minimum gemeinsamer Werte verpflichtet wissen. Dieser für das gesellschaftliche Leben notwendige *Grundkonsens* wird durch die *Atomisierung* unserer Gesellschaft zunehmend in Frage gestellt. Ausserdem tendiert die von den USA ausgehende «*Macdonaldisierung*» der Welt dazu, den Menschen in seiner Interessenvielfalt und seinem Reichtum an Aktivität und Schöpferkraft auf eine einzige Dimension zu reduzieren: auf die des Konsumenten, der als solcher kaum tauglich ist für demokratische Mitverantwortung.

## Die Lehre der Zapatistas: Widerstand und Demokratisierung der Gesellschaft

*Die Demokratie ist in Gefahr.* Warum funktioniert das System, das die Wirtschaft unterminiert, trotzdem noch einigermaßen? Warum macht die grosse Mehrheit mit oder lässt es zumindest gewähren?

Ich habe darauf zwei Antworten:

1. Dieses System spricht den *Kapitalisten* an, der *in uns allen* steckt. Es ist jener Teil von uns, der gern immer mehr haben möchte, der sich freut, über anderen zu stehen, und der die Augen vor der Not allzu schnell verschliesst. Kürzlich traf ich einen alten Kollegen. Wir hatten uns seit 1990 nicht mehr gesehen. Als ich ihm von meiner ehrenamtlichen Tätigkeit erzählte, nannte er mich einen Idioten. Er habe seine Lektion in Marktwirtschaft gelernt. Er mache nur noch das, was Geld bringe. Ist der Sozialismus nicht auch daran gescheitert, dass wir zu wenig getan haben, diesen Kapitalisten in uns zurückzudrängen, dass wir meinten, mit der Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse sei das Entscheidende getan? Wir werden die Demokratie nur retten, wenn wir uns und anderen bewusst und erfahrbar machen, dass menschliche Erfüllung und wahrer Reichtum nicht in den Dingen zu finden sind, die mit Geld erworben werden können, sondern in der Fülle menschlicher Beziehungen, in Freundschaft, in Solidarität, Hilfe und Kampf um Gerechtigkeit.

2. Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus fehlt eine *Alternative*, an der man sich orientieren könnte. Aber kann man

einer offensichtlich negativen Entwicklung erst dann entgegentreten, wenn es die Konzeption einer Alternative dazu gibt? *Franz J. Hinkelammert* hat in seinem Beitrag zum Sammelband «Die Religion des Kapitalismus» nachgewiesen, dass ein Grund für das Scheitern des realsozialistischen Experiments darin lag, dass Marx meinte, dem Kapitalismus eine konsistente Konzeption einer sozialistischen Gesellschaft entgensetzen zu müssen, die nach einer Revolution verwirklicht werde. Die Geschichte schreitet nicht auf diese Weise voran. Es scheint, dass die Zapatistas in Mexiko das begriffen haben. Sie entwerfen keine Alternative und streben nicht nach revolutionärer Machtübernahme. Durch ihr eigenes Beispiel wollen sie die anderen Kräfte der Zivilgesellschaft zum *Widerstand* gegen das System und zur schrittweisen *Demokratisierung* der Gesellschaft ermuntern.

*Werner Hill* hat in den «Lutherischen Monatsheften» die Behandlung des Gerechtigkeitsthemas auf dem Leipziger Kirchentag zu der Frage zugespitzt: «Wenn es an Gerechtigkeit mangelt, wenn keine Besserung in Sicht ist – was ist dann die Demokratie als Staatsform noch wert? Kann man sich damit trösten, dass sie bei aller Unvollkommenheit immer noch die beste aller Staatsformen ist, oder muss sie einer Totalreform unterzogen werden?» – Sie muss verteidigt und mit Inhalt gefüllt werden, und das wird nur gelingen, wenn das *Primat der Politik* über die Wirtschaft wiederhergestellt wird und jeder und jede von uns – soweit das möglich ist – anders leben und wirken, als das System es fordert.

---

*Einparteien-Regime, ... in denen der politische Machtapparat uneingeschränkt sämtliche Vorgänge der von ihm beherrschten Gesellschaft bestimmte, wurden bislang «totalitäre Regime» genannt. Eine andere Art Totalitarismus tritt nun, zur Jahrhundertwende, die Nachfolge dieser Systeme an: «Die globalitären Regime». Sie gründen sich auf die Dogmen der Globalisierung und des Einheitsdenkens und erklären jede andere Wirtschaftspolitik für unzulässig. Die sozialen Rechte der Bürger werden dem Prinzip des freien Wettbewerbs untergeordnet und alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens der Willkür der Finanzmärkte ausgeliefert.*

(Ignacio Ramonet, Globalitäre Regime, in: Le Monde diplomatique, WoZ-Beilage, Januar 1997)